

Forderung nach Verhinderung des Steag-Kraftwerks wurde bei Sitzung gestern nicht behandelt

Rat sah keinen Anlass für Dringlichkeit des Grünen-Antrags

Von Katja Sponholz

Lünen. Mit ihrer Forderung, der Rat möge beschließen, alle Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, um den Bau des Steag-Kraftwerks zu verhindern, scheiterten die Grünen gestern im Rat: Ihr Antrag kam noch nicht einmal auf die Tagesordnung.

Bürgermeister Stodollick verwies auf die Gemeindeordnung, wonach der Antrag zu spät vor der Sitzung (am 20. August per E-Mail) eingetrof-

fen sei und es sich hierbei um keine „dringliche Angelegenheit“ handle, die keinen Aufschub dulde. Schon vor einhalb Jahren habe Steag-Vorstand Dr. Tacke in Lünen gesagt, dass dieser Kraftwerksstandort „höchste Priorität“ habe; im April wurde zudem über die geplante Leitungstrasse mit Trianel berichtet. Doch nicht nur mangelnde Gründe der Aktualität sprächen dagegen, den Antrag zu behandeln: „Hier geht es nicht nur um Frist- und Formfragen, sondern die Gemein-

deordnung hat auch den Sinn, den Rat vor übereilten Schlüssen zu bewahren und ihm die Möglichkeit zu geben, komplexere Sachverhalten gründlich vorzubereiten.“ Deshalb rate er dem Rat davon ab, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Grünen-Chefin Erika Roß widersprach: Eine Dringlichkeit sei geboten, „um auf die gesundheitlichen Gefahren für die Bürger“ aufmerksam zu machen.

Doch auch die SPD teilte gestern Stodollicks Ansicht -

obwohl sie noch nach der Fraktionssitzung einen Prüfungsauftrag angekündigt hatte. „Wir sehen die Dringlichkeit nicht“, begründete Fraktionschef Rolf Möller. Jetzt sei es noch zu früh, sich zu positionieren. Erst müsse man die planungsrechtlichen Gegebenheiten kennen, um zu entscheiden, welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten man ableiten wolle.

Auch CDU-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Schroeter bestätigte: „Hier aus der Hüfte zu schießen, ist nicht unsere

Art.“ Sein Vorwurf an die Grünen: „Ihr Antrag ist doch nur jetzt gekommen, weil Sie die Chance gesehen haben, zum Erörterungstermin ein bisschen Theater zu machen.“ Das wies Roß zurück: „Theater habe ich heute im Hansesaal erlebt. Unser Antrag erfolgt aus ideologischen Gründen und für die Bürger.“

Die breite Mehrheit aus SPD, CDU und FDP stimmte schließlich gegen die Beratung - UWG (2) und Grüne (5) stimmten dafür, die Stadt-Partei (2) enthielt sich.